

Jahresbericht 2025

Jahresbericht 2025
für unsere Mitglieder,
Kunden und Geschäftspartner

Impressum

Herausgeber Genossenschaftsbank eG München
Abteilung Marketing
Bergsonstraße 184, 81245 München
Telefon (089) 86 30 3 - 262
Telefax (089) 86 30 3 - 277
E-Mail kontakt@genobamuc.de

Bildnachweis Adobe Stock
studio v-zwoelf (8), Stockwerk-Fotodesign (8),
Alexandr Rybalko (9), Lexie (9)
Ringfoto Luidl, Germering (7, 30)
Genossenschaftsbank eG München (35)

Satz u. Druck Mühlbauer Druck GmbH
München-Pasing

Die Bank im Überblick	4
Unternehmensleitbild	6
Bericht des Vorstands	7
Vorwort	7
Wirtschaft und Politik	8
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	10
Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern	18
Geschäftsentwicklung der Bank	19
Bericht des Aufsichtsrats	30
Jahresabschluss	31
Mitarbeiterjubiläen	35
Geschäftsstellen	36

Die Bank im Überblick

Vertreter

Siegfried Ahollinger	Monika Hagl	Franziska Ramelsberger
Georg Angermair jun.	Elfriede Happach	Helmut Ranftl sen.
Franz Besenhart	Anton Heckner	Leopold Reichinger
Gerhard Bierling	Michael Hintermeier	Oliver Reigl
Daniel Binder	Manfred Huttner	Prof. Dr. Christina Rieger
Maximilian Bliemel	Georg Ismair	Adelheid Riegraf
Wolfgang Blomann	Christa Jund	Wolfgang Rieß
Martin Brendle	Manfred Kaufmann	Franz Xaver Saller
Ingrid Dumler	Georg Koch sen.	Hans Georg Schabl
Klara Eberl-Pfeil	Nikolaus Komes	Marianne Schmid
Erich Eckert	Ilse Krempf	Dr. Christoph Schuhmann
Christine Feht	Anna Lampertsdörfer	Magdalena Spieler
Christian Fottner	Manfred Maier	Richard Strixner
Elisabeth Fottner	Karl Maisinger	Jakob Stuber
Manfred Fröhler	Dr. Bernhard Matzner	Friedrich Zeitler
Franz Fürst	Emilie Mühlbauer	
Josef Fürst	Sebastian Mühlbauer	
Wolfgang Grandl	Peter Nassl	
Maria Luise Gratzner	Johann Oberhauser	
Hans Groß	Josef Preis	

Ersatzvertreter

Georg Däuber	Christine Oberarzbacher-Schier	Manfred Wagner
Klaus Dickel	Johann Obermeier	Anton Wiedenmann
Herbert Geier	Inge Petaccia	Emma Willi
Armin Leypoldt	Friedericke Präßl	
Gaetano Mantrino	Jakob Schneider	
Gerda Mayr	Heinrich Schuller	
Ursula Niklasch	Peter Sill	

Aufsichtsrat

Gerhardt Schuhmann (Vorsitzender), Oberstudiendirektor a. D.
Werner Flack (stellvertretender Vorsitzender), Steuerberater
Georg Kratzer, Bankdirektor i. R.
Josef Strixner, Kfz-Mechanikermeister

Vorstand

Sebastian Pfundstein (Vorsitzender), Dipl. Bankbetriebswirt ADG
Irmgard Gutmann, Dipl. Kaufmann (Univ.)
Josef Schmid, Dipl. Bankbetriebswirt ADG (ausgeschieden zum 31.12.2025)
Manfred Schories, Dipl. Bankbetriebswirt ADG

	2025 in Mio. Euro	2024 in Mio. Euro	Veränderung in %	Veränderung Verbands- durchschnitt Bayern 2025 in %
Bilanzsumme	3.270	3.232	1,2	2,9
Kundengelder (Einlagen und Schuldverschreibungen)	2.356	2.301	2,4	3,4
Kundenausleihungen (Kredite und Bürgschaften)	2.715	2.857	- 5,0	3,8
Eigenmittel gemäß CRR	382,5	364,9	4,8	6,1

	2025 in TEUR	2024 in TEUR	Veränderung in %
Zinsüberschuss	41.398	37.403	10,7
Provisionsüberschuss	2.226	2.222	0,2
Verwaltungsaufwendungen	15.959	16.752	- 4,7
Betriebsergebnis	27.542	22.655	21,6
Bilanzgewinn	1.737	1.711	1,5

	2025 in %	2024 in %	Veränderung in Prozent- punkten	Verbands- durchschnitt Bayern 2025 in %
Cost-Income-Ratio (CIR)	37,4	43,3	- 5,9	59,8
Kernkapitalquote	24,5	21,5	3,0	17,1
Gesamtkapitalquote	25,7	22,7	3,0	18,3

	2025	2024
Mitarbeiter	108	105
– darunter Teilzeitbeschäftigte	16	15
– darunter Auszubildende	14	11
Geschäftsstellen	6	6
SB-Geschäftsstellen	1	1

Unternehmensleitbild

Unternehmensleitbild der Genossenschaftsbank eG München

Die Genossenschaftsbank eG München ist eine selbstständige,
genossenschaftliche Universalbank in München.
Wir verstehen uns als Partner der heimischen Wirtschaft und Bevölkerung.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht der Mensch.

Durch qualifizierte Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter helfen wir
die finanziellen Ziele unserer Kunden und Mitglieder
zu verwirklichen und unseren Marktanteil auszubauen.

Kollegiales, leistungsbereites und verantwortungsvolles Handeln, Kosten- und
Ertragsbewusstsein sichern unsere genossenschaftliche Selbstständigkeit.



Sebastian Pfundstein
Vorsitzender des Vorstands

Vorwort

Das Jahr 2025 stellte sich als ein weiteres Jahr voller Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft heraus, es war geprägt durch Stagnation und Unsicherheit und führte im Ergebnis zu einem geringfügigen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Dabei gab es eine Reihe von sich überlagernden Ursachen für diese negative Entwicklung. Geopolitische Spannungen, zunehmend unruhigeres Außenhandelsklima bedingt durch Zollkonflikte und der Anstieg der Arbeitslosigkeit prägten das schwache Wachstum. Die Insolvenzzahlen erreichten in diesem Umfeld ein 10-Jahres-Hoch.

Das Investitionsgeschehen war 2025 trotz staatlicher Sonderausgaben weiter rückläufig. Auch das Bauhauptgewerbe wies erneut einen deutlichen Rückgang auf. Analysen für Bayern zeigen eine ähnliche Entwicklung.

Der Inflationsdruck der letzten Jahre hat sich weiter spürbar abgeschwächt. Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, lag im Jahresdurchschnitt 2025 erneut bei 2,2 %. Während sich die Energiepreise weiter verringerten, waren im Dienst-

leistungsbereich erneut überdurchschnittliche Preissteigerungen zu verzeichnen. In Folge führte die Europäische Zentralbank den Zinssenkungszyklus fort und senkte in mehreren Schritten den Zinssatz der Einlagefazilität um 100 Basispunkte auf ein Niveau von 2,0 %.

Die regulatorischen Vorschriften und bürokratischen Anforderungen führten auch 2025 zu erheblichem Mehraufwand bei den Banken.

Unsere Bank ist ebenso von diesen Regulierungsmaßnahmen betroffen und muss sich neben den wirtschaftlichen auch diesen Herausforderungen stellen.

Für das Jahr 2025 können wir unseren Mitgliedern und Kunden dennoch ein gutes Ergebnis vorlegen.

Wir danken all denen recht herzlich, die durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und die uns gewährte wertvolle Unterstützung zu diesem Erfolg beigetragen haben. Insbesondere danken wir unseren Mitgliedern und Kunden, die durch intensive geschäftliche Beziehungen die Voraussetzungen für die erfolgreiche Entwicklung unserer Bank geschaffen haben.

Wirtschaft und Politik

Januar

- 01.01. Zu Jahresbeginn steigt in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn von zuvor 12,41 auf 12,82 Euro je Arbeitsstunde. Auch die Minijob-Verdienstgrenze wird erhöht. Sie steigt von bisher 538 auf 556 Euro je Monat.
- 20.01. Donald Trump wird in Washington als US-Präsident vereidigt, ein Amt, das er bereits von 2017 bis 2021 innehatte. In seiner Antrittsrede kündigt er unter anderem die Ankurbelung der Gas- und Ölförderung, die Einführung neuer Zölle sowie Massenabschiebungen von illegalen Einwanderern an.



Februar

- 12.02. Die Kommission der Europäischen Union (EU) legt ihr Arbeitsprogramm 2025 vor, mit Plänen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Erhöhung der Sicherheit und zur Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit.

März

- 18.03. Noch vor der Konstituierung des im Februar neu gewählten Deutschen Bundestages stimmen die Abgeordneten des bisherigen Parlaments mit der nötigen Zweidrittelmehrheit für Änderungen des Grundgesetzes, damit die von CDU/CSU und SPD geplante Aufstockung der Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben erfolgen kann. Den Änderungen stimmen auch viele Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen zu, denen zuvor einige klima- und sicherheitspolitische Zugeständnisse eingeräumt wurden.
- 21.03. Nach dem Bundestag gibt der Bundesrat grünes Licht für die Grundgesetzänderungen zur Lockerung der Schuldenbremse. Für Infrastruktur und Klimaschutz wird ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro mit einer Laufzeit von zwölf Jahren geschaffen. Die Änderungen erlauben auch den Bundesländern, mehr Kredite aufzunehmen als bisher.

April

- 02.04. US-Präsident Donald Trump kündigt an seinem „Befreiungstag“ generelle Zölle in Höhe von 10 Prozent auf US-Importe aus allen Staaten der Welt an, die ab dem 5. April greifen. Darüber hinaus soll es individuelle Strafabbgaben geben, je nach Handelsdefizit mit den USA. Für Einfuhren aus der EU sind neue Zölle von 20 Prozent vorgesehen. Viele Handelspartner leiten Gegenmaßnahmen ein.
- 06.04. Im Anschluss an Warnstreiks und eine Schlichtung einigen sich Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen auf einen Tarifabschluss. Die mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten erhalten ab dem 1. April 2025 eine Lohnerhöhung um 3 Prozent und ab 1. Mai 2026 eine weitere Erhöhung um 2,8 Prozent.

Mai

- 06.05. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wählen Friedrich Merz zum Bundeskanzler einer Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD.

Juni

- 04.06. Das Bundeskabinett beschließt den sogenannten Investitionsbooster, der nach der parlamentarischen Zustimmung im Juli wirksam wird. Der Gesetzentwurf umfasst Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen, die Förderung von elektrischen Firmenfahrzeugen und eine ab 2028 beginnende schrittweise Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 15 auf 10 Prozent.
- 05.06. Zum achten Mal seit dem Sommer 2024 vermindert die Europäische Zentralbank die Leitzinsen für den Euroraum. Der wichtige Einlagezinssatz sinkt um 0,25 Prozentpunkte auf 2 Prozent und wird bis zum Jahresende auf diesem Niveau bleiben.



Juli

- 01.07. Die gesetzlichen Altersbezüge der Rentner in Deutschland werden um 3,74 Prozent angehoben.
- 27.07. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Donald Trump verkünden eine handelspolitische Grundsatzvereinbarung. Den Verlautbarungen zufolge werden künftig neue US-Zölle von 15 Prozent für die meisten Warenimporte aus den EU-Staaten gelten, auch für Automobile. Von den EU-Staaten sollen zudem in den nächsten Jahren 600 Milliarden Dollar in den USA investiert und US-Energie im Gesamtwert von 750 Milliarden Dollar bezogen werden. Viele Details bleiben zunächst noch offen.

August

- 14.08. Gemäß Schätzungen des Deutschen Raiffeisenverbands ist die Getreideernte 2025 zufriedenstellend ausgefallen. Demnach stieg die bundesweite Erntemenge gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent auf 43 Millionen Tonnen, trotz der starken und anhaltenden Niederschläge während der Erntezeit.



September

- 03.09. Das Bundeskabinett beschließt ein Maßnahmenpaket zur Senkung der Stromkosten, dem sich auch der Bundestag anschließen wird. Die Stromkunden werden 2026 durch einen Bundeszuschuss von 6,5 Milliarden Euro zur Finanzierung der Übertragungsnetz-kosten entlastet. Zudem wird die Stromsteuer für produzierende Unternehmen sowie Land- und Forstwirt*innen dauerhaft auf das EU-Mindestmaß reduziert.
- 18.09. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages beschließen final den Bundeshaushalt 2025, der gegenüber dem Vorjahr einen Ausgabenanstieg um gut 5 Prozent auf rund 503 Milliarden Euro beinhaltet.

Oktober

- 01.10. Für Ärzte, Krankenhäuser und Apotheken in Deutschland tritt die Nutzungspflicht der elektronischen Patientenakte ePA in Kraft. In der ePA müssen sie etwa Befunde, Röntgenbilder oder Medikationspläne speichern.

November

- 28.11. Im Bundestag wird der Bundeshaushalt für das Jahr 2026 endgültig verabschiedet. Der Haushalt umfasst Ausgaben in Höhe von 524,5 Milliarden Euro, finanziert unter anderem mit Neukrediten in Höhe von 98 Milliarden Euro und Sonderschulden in Höhe von mehr als 82 Milliarden für die Verteidigung, die Infrastruktur und den Klimaschutz.

Dezember

- 10.12. Vor dem Hintergrund schwach ausgefallener Wirtschafts- und Arbeitsmarktindikatoren senkt die US-Notenbank Fed nochmals ihren Leitzins um 25 Basispunkte. Der Zinssatz liegt damit in einer Spanne von 3,5 bis 3,75 Prozent.



Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Konjunktur in Deutschland

Wirtschaft stabilisiert sich

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.

Preisbereinigtes Wirtschaftswachstum in Deutschland

	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	
	2024	2025	2024	2025
Konsumausgaben	1,1	1,5	0,8	1,1
- Private Konsumausgaben	0,5	1,6	0,3	0,8
- Konsumausgaben des Staates	2,6	1,3	0,6	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-3,3	-0,2	-0,7	-0,0
- Ausrüstungsinvestitionen	-5,4	-1,9	-0,4	-0,1
- Bauinvestitionen	-3,4	-0,6	-0,4	0,1
- Sonstige Anlagen	0,2	3,8	0,0	0,2
Vorratsveränderungen			0,1	0,7
Inländische Verwendung	0,2	1,8	0,2	1,8
Exporte	-2,1	-0,4	-0,9	-0,2
Importe	-0,6	3,6	0,2	-1,4
Außenbeitrag			-0,7	-1,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	-0,5	0,2	-0,5	-0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 25.02.2026. Wachstumsbeiträge: Mögliche Differenzen in den Summen ergeben sich durch Rundung der Zahlen.

Globale und inländische Faktoren verhindern Erholung

Zwar hatte sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vorallem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu ge-

wählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten – unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik – und anhaltenden inländischen Strukturproblemen – wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit – dämpfte die Konjunktur.

Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Weiter steigende Konsumausgaben

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,6 % deutlich stärker zu als 2024 (+0,5 %). Besonders für Gesundheit (+3,8 %) wurde mehr Geld ausgegeben als zuvor. In anderen Konsumbereichen wie etwa bei Nahrungsmitteln (+1,0 %) sowie bei Gastronomie und Beherbergungsdienstleistungen (-0,2 %) verlief die Entwicklung jedoch weniger dynamisch. Allgemein dämpften hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze die Ausgabenbereitschaft.

Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates ebenfalls solide, aber mit 1,3 % etwas schwächer. Treibende Faktoren waren hier unter anderem die weiter zunehmenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt lieferten die Konsumausgaben mit 1,1 Prozentpunkten abermals den größten Wachstumsbeitrag zum Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Rückläufige Anlageinvestitionen

Das Investitionsklima blieb trübe. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in der Industrie, der

strukturellen Standortschwächen sowie der enormen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten wurde erneut weniger in Ausrüstungen investiert. Der Rückgang der preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen (-1,9 %) fiel gleichwohl schwächer aus als im Vorjahr (-5,4 %). Die Bauinvestitionen verminderten sich ebenfalls weniger deutlich als zuvor (-0,6 % nach -3,4 %). Die Baukonjunktur zeigte sich dabei weiterhin gespalten. Während die preisbereinigten Investitionsausgaben im Wohnungsbau trotz gesunkener Finanzierungskosten und gestiegener Realeinkommen der Privathaushalte nochmals zurückgingen, gelang dem Wirtschaftsbau mit dem Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen bereits eine Trendwende nach oben. Die öffentlichen Bauinvestitionen legten erneut zu, befördert durch bereits länger geplante Infrastrukturmaßnahmen. Alles in allem sanken die Bruttoanlageinvestitionen um 0,2 % und übten damit einen minimal negativen Wachstumsimpuls auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Dem stand jedoch ein kräftiger Wachstumsimpuls vonseiten der Vorratsveränderungen (+0,7 Prozentpunkte) gegenüber, da viele Unternehmen im Zuge der unerwartet langanhaltenden Nachfrageschwäche offenbar mehr produzierten als absetzen konnten.

US-Handelspolitik belastet Außenhandel

Der Außenhandel wurde maßgeblich durch die protektionistischere Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump bestimmt. Bereits im Januar kündigte Trump neue US-Importzölle an. Ab Februar führte er dann Zusatzzölle auf Warenimporte einzelner Staaten sowie verschiedener Produktgruppen – darunter Stahl, Aluminium und Autos – ein, was teilweise handelspolitische Gegenmaßnahmen nach sich zog. Einige dieser Zölle wurden zeitweise ausgesetzt oder nach Abschluss von Handelsabkommen verringert. Insgesamt belastete die unberechenbare US-Handelspolitik den Welthandel spürbar.

Angesichts des Gegenwinds von Seiten der US-Handelspolitik, sowie weiterer Belastungsfaktoren, wie der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der stärkeren Konkurrenz durch chinesische Produkte, gingen die deutschen Exporte 2025 preisbereinigt nochmals zurück. Mit einer Veränderungsrate von -0,4 % fiel der Exportrückgang aber weniger deutlich aus als im Vorjahr (-2,1 %). Die Importe, die 2024 noch um 0,6 % gesunken waren, legten

hingegen um kräftige 3,6 % zu. Sie wurden durch die robusten Konsumausgaben und durch die staatlichen Rüstungsinvestitionen gestützt. Der Außenbeitrag verminderte das gesamtwirtschaftliche Wachstum daher nochmals merklich.

Gleichbleibende Defizitquote

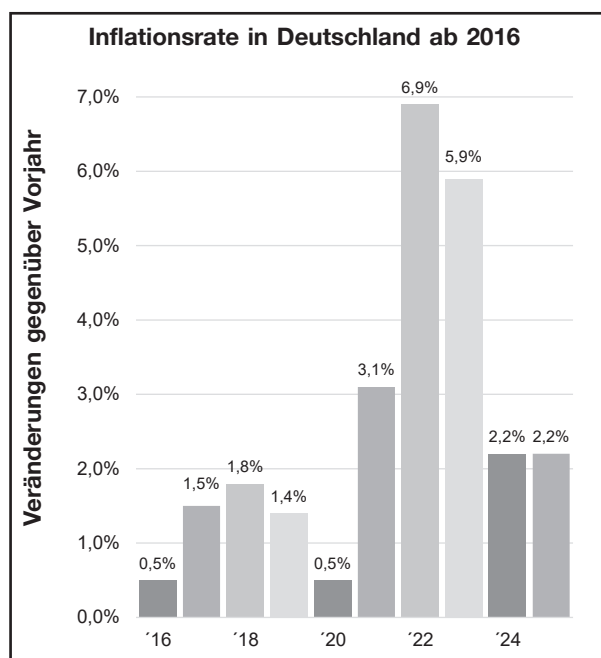
Um die angestrebte Erhöhung der Staatsausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen, wurden die deutschen Fiskalregeln gelockert und die Kreditspielräume erheblich erweitert. Allerdings traten 2025 nur einige der geplanten Fiskalmaßnahmen in Kraft, darunter verteidigungsbezogene Transfers an die Ukraine, sodass die Ausgaben nur moderat stiegen. Die staatlichen Einnahmen legten im Vergleich zu den Ausgaben etwas schwächer zu, trotz gestiegener Sozialversicherungsbeiträge und eines höheren Steueraufkommens. Vor diesem Hintergrund verharrte die Defizitquote auf ihrem Vorjahreswert von 2,7 %. Die Maastricht-Schuldenquote dürfte hingegen etwas gestiegen sein, von 62,5 % Ende 2024 auf etwa 63 % Ende 2025.

Schwacher Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleistungen merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenquote wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3 %.

Unveränderte Inflationsrate

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 % zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 % im September und 1,8 % im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 % der stärkste Treiber der Gesamtsteuerung (2024: +3,8 %). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 %), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 %) sowie Gaststättendienstleistungen (+4,0 %) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber weniger deutlich um 1,0 % (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 % nach +1,4 % im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 % nach -3,2 %) dämpfend auf die Gesamtrate aus.



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung

Verarbeitendes Gewerbe weiter unter Druck

Die Schwächephase im Verarbeitenden Gewerbe hielt 2025 an. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung ging das dritte Jahr in Folge zurück, wenn auch mit einer Veränderungsrate von -1,0 % weniger

stark als 2023 (-1,6 %) und 2024 (-4,3 %). Dies verdeutlicht, dass es sich bei der Schwächephase nicht nur um ein konjunkturelles Phänomen handelt, sondern dass sie auch aus anhaltenden inländischen Strukturproblemen resultiert. Dazu zählen beispielsweise hohe Stromkosten, enorme bürokratische Lasten und der demografisch bedingte Mangel an Fachkräften. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes verlief die Entwicklung jedoch teilweise sehr unterschiedlich, wie die Produktionsdaten zeigen. Während die Produktion in den beiden für die Gesamtentwicklung bedeutsamsten Abteilungen, dem Maschinenbau (-3,0 %) und der Automobilindustrie (-2,0 %), abermals merklich zurückging, legte sie in der Pharmaindustrie (+4,3 %) nach zwei Jahren der Schrumpfung erstmals wieder zu. Auch im Bereich Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (+2,3 %) war ein spürbarer Anstieg zu verzeichnen, befördert vom Strukturwandel in der Industrie hin zur stärkeren Bedeutung produktionsbegleitender Dienstleistungen. Die Zahl der Erwerbstätigen verminderte sich im gesamten Verarbeitenden Gewerbe um 2,2 % auf knapp 7,3 Millionen Menschen.

Weniger Wertschöpfung im Baugewerbe

Im Baugewerbe sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung bereits das fünfte Jahr in Folge. Sie verringerte sich im Jahr 2025 um 2,9 % und lag damit nahezu ein Viertel unter dem Stand zu Beginn der 2020er Jahre. Allerdings waren innerhalb des Wirtschaftsbereichs verschiedene Tendenzen zu verzeichnen. Dies verdeutlichen auch die amtlichen Umsatzdaten für das Bauhaupt- und das Ausbaugewerbe, die jedoch nicht preisbereinigt, sondern lediglich in jeweiligen Preisen verfügbar sind. Belastet durch hohe Baupreise und Unsicherheiten ist der baugewerbliche Umsatz im Wohnungsbau in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,7 % gesunken, was aber weniger stark war als im Jahr 2024 (-10,3 %). Im Ausbaugewerbe (+1,5 %) verlief die Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes angesichts der verhaltenen Wohnungsbaugeschäfte ebenfalls kraftlos. Im Wirtschaftsbau (+6,5 %) und im Öffentlichen Bau (+6,9 %) waren hingegen begünstigt durch bereits laufenden Infrastrukturprojekte deutlichere Umsatzanstiege zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel im gesamten Baugewerbe um 0,8 % auf knapp 2,6 Mio. Menschen, nachdem sie bereits im Vorjahr um 1,3 % zurückgegangen war.

Handwerkskonjunktur tritt auf der Stelle

Auch im Handwerk hat sich die Hoffnung auf eine durchgreifende Belebung nicht erfüllt. Die Umsatzentwicklung dürfte sich jedoch stabilisiert haben. Darauf lassen zumindest die bislang verfügbaren Umsatzdaten der amtlichen Handwerksberichterstattung schließen, die ebenfalls nur in jeweiligen Preisen vorliegen. Demnach übertraf der über alle Gewerbezweige hinweg ermittelte Umsatz in den ersten drei Quartalen den entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 %, nachdem er im Gesamtjahr 2024 noch um 1,0 % gesunken war. Treiber des leichten Umsatzzuwachses waren die konsumnahen Gewerke, allen voran das Gesundheitsgewerbe (+4,3 %) und die Handwerke für den privaten Bedarf (+1,8 %). In den meisten produktionsnahen Gewerken blieb die Umsatzentwicklung demgegenüber zurück.

Höheres Umsatzplus im Einzelhandel

Im Einzelhandel hat sich das Umsatzwachstum 2025 etwas beschleunigt. Der Branchenumsatz legte preisbereinigt um 2,7 % zu, nachdem er im Vorjahr um 1,2 % gestiegen war. Damit konnten die Rückgänge der von hohen Verbraucherpreisanstiegen geprägten Jahre 2022 und 2023 nahezu wieder ausgeglichen werden. Grund für den höheren Zuwachs war unter anderem ein statistischer Effekt: Durch die Umstrukturierung eines Großunternehmens im Internet- und Versandhandel wurden ab dem Monatsmonat August 2024 Umsätze erfasst, die zuvor nicht berücksichtigt wurden. Befördert durch diesen Sondereffekt und durch den allgemeinen Trend hin zu Onlinekäufen stieg der Umsatz im Internet- und Versandhandel um kräftige 10,1 %.

Geschäftsbelebung im Großhandel

Nicht nur in der Gesamtwirtschaft, sondern auch im Großhandel hat sich die allgemeine Situation nach zwei Jahren mit rückläufiger Entwicklung gefestigt. So stieg der preisbereinigte Branchenumsatz im Jahr 2025 um 2,1 %, nachdem er 2023 und 2024 noch um 4,3 % beziehungsweise 0,8 % gesunken war. Dabei verliefen die Geschäfte im Konsumtionsverbindungshandel (+2,2 %) erneut günstiger als im Produktionsverbindungshandel (+1,8 %). Letzterer wurde durch die noch andauernde Flaute in wichtigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes gebremst.

Dienstleistungssektor bleibt zentrale Konjunkturstütze

Der Dienstleistungssektor blieb 2025 die zentrale Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Sektors legte erneut zu, obgleich das Wachstum mit 0,6 % leicht schwächer ausfiel als 2024 (+0,8 %). Innerhalb des Sektors zeigte sich erneut ein gemischtes Bild. Wie bereits im Vorjahr wiesen die Bereiche Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,5 %) sowie Information und Kommunikation (+1,4 %) ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Begünstigt wurde dieses Wachstum durch die weiter zunehmenden Bedarfe nach Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie durch den allgemeinen Digitalisierungstrend. Darüber hinaus legte die Wertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+1,3 %) beachtlich zu, vor allem wegen der besseren Einzelhandelsgeschäfte. Im Vergleich dazu fiel der Zuwachs im Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,5 %) angesichts der insgesamt verhaltenen Baukonjunktur schwächer aus. Die sonstigen Dienstleister etwa für Sport, Unterhaltung und Erholung (-0,3 %), die Unternehmensdienstleister (-0,8 %) sowie die Finanz- und Versicherungsdienstleister (-3,9 %) mussten sogar Wertschöpfungsrückgänge hinnehmen. Die Zahl der im gesamten Dienstleistungssektor arbeitenden Menschen legte erneut zu, im Vorjahresvergleich um 0,5 % auf gut 34,9 Mio. Personen.

Angespannte Lage in der Landwirtschaft

Die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft hat sich etwas verbessert, blieb aber in der Gesamtschau angespannt. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbands erzielten die Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2024/25 im Mittel ein Unternehmensergebnis von rund 78.500 Euro. Das Ergebnis lag damit zwar leicht über dem Ergebnis des Vorjahres (etwa 78.200 Euro), aber noch immer deutlich unter dem im Wirtschaftsjahr 2022/23 (rund 110.200 Euro) erlangten Gewinn. Aufgrund der allgemeinen Ertragsschwäche und der hohen Unsicherheiten sahen sich viele Betriebe veranlasst, Zukunftsinvestitionen zurückzustellen. Auch im gesamten Agrarsektor, zu dem neben der Landwirtschaft auch die Forstwirtschaft und die Fischerei zählen, hat sich die Situation nur geringfügig verbessert. Die Bruttowertschöpfung des Sektors ist im Jahr 2025 leicht um

0,5 % gestiegen, nachdem sie 2023 (-12,0 %) und 2024 (-0,2 %) noch gesunken war. Die Erwerbstätigenzahl des Agrarsektors ging abermals zurück. Sie sank um 0,5 % auf 562.000 Menschen.

Finanzmärkte

Positive Entwicklung der Finanzmärkte trotz hoher politischer Unsicherheiten und erhöhter Volatilität

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang 2025 regierenden US-Administration, die unter anderem durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund positiverer Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten. Auch die Ankündigung des chinesischen KI-Startups DeepSeek, deutlich kostengünstiger und effizienter als amerikanische KI-Modelle vergleichbare Ergebnisse liefern zu können, sorgte für drastische Marktbewegungen und führte beim amerikanischen Chiphersteller Nvidia zu einem Rückgang des Börsenwerts um knapp 600 Milliarden US-Dollar innerhalb eines Tages – dem bislang größten Verlust eines Unternehmens an einem Tag.

Geldpolitik steht vor verschiedenen Herausforderungen

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichener Inflationsausblick. Im Euroraum lag die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälli-

gen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erwies sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 lag diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 %. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen „Meeting-by-Meeting“-Ansatzes spielten im vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine größere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 % für das Jahr 2026, gefolgt von 1,8 % und 2,0 % in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0 %-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2 % in etwa erreicht werden.

In den USA erwies sich die Inflation als hartnäckiger. Die von der Fed besonders beachtete Personal Consumption Expenditure (PCE)-Rate bewegte sich im Jahresverlauf fast seitwärts und lag im Dezember 2025 bei 2,9 %. Die Kerninflation lag zum Jahreschluss bei 3,0 %. Im Vergleich zu den Januarwerten von 2,6 % (PCE) beziehungsweise 2,8 % (PCE-Kerninflation) ist somit keine Verbesserung eingetreten, und die Inflation befand sich weiterhin deutlich oberhalb des Inflationsziels. Entsprechend agierte die Fed vorsichtiger. Die für das duale Mandat gleichermaßen entscheidende Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigte im Jahresverlauf leichte Schwächeanzeichen, was die Fed schließlich zu Zinssenkungen veranlasste.

USA: Fed sieht sich politischen Angriffen ausgesetzt

Die US-Notenbank hat im Jahr 2025 ihre geldpolitische Lockerung trotz eines Inflationsniveaus oberhalb des Inflationsziels fortgesetzt. Neben weiteren Zinssenkungen zählte hierzu auch die Ankündigung, die quantitative Straffung (Quantitative Tightening, QT) im Dezember 2025 einzustellen. Damit ist der Abbau von Beständen an Wertpapieren in der Fed-Bilanz aus früheren Ankaufprogrammen gemeint. Der Leitzins in den USA lag zu Jahresbeginn 2025 in einem Korridor von 4,25 bis 4,5 %. Nach drei Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte 2025 lag der Leitzins zum Jahresende in einem Korridor von 3,5 bis 3,75 %. Anders als die EZB mit dem primären Mandat Preisstabilität verfolgt die Fed ein duales Mandat mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als Zielgrößen.

In ihren Begründungen für die geldpolitische Lockerung verwies die Fed auf Schwächen am Arbeitsmarkt, die unter Risikoabwägungen hinsichtlich der beiden Zielgrößen trotz weiterhin erhöhter Inflation geldpolitische Lockerungsschritte angemessen erscheinen ließen.

Für Verunsicherung sorgten die zunehmenden Angriffe der US-Regierung auf die unabhängige Notenbank. Die US-Administration forderte offen deutliche Zinsschritte und versuchte, durch Neubesetzungen sowie juristische Schritte gegen Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums Einfluss auf die Geldpolitik zu nehmen. Während es der Fed bislang gelang, sich diesen Angriffen zu widersetzen, droht bei einer Schwächung der Institution und Zweifeln an der Unabhängigkeit der Geldpolitik eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Transmission, eine weiter zunehmende Inflationsrate und höhere langfristige Zinsen.

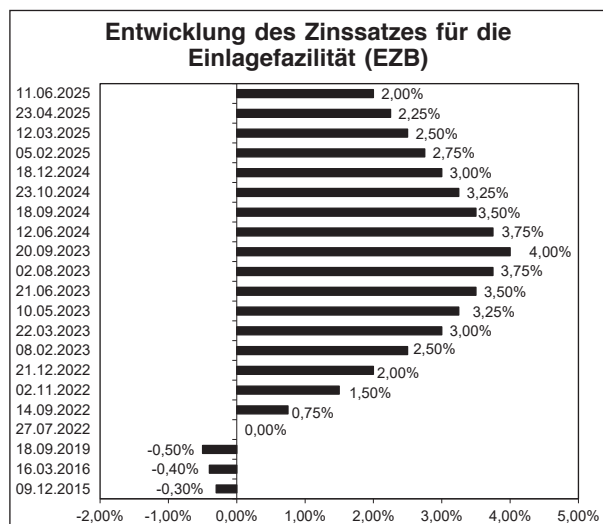
Europa: EZB im neutralen Bereich angekommen

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings – anders als die Fed – in der ersten Jahreshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau für die geldpolitisch relevante Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 %, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100

Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit lag der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 %. Die Inflationsrisiken schienen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestanden etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euros, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestanden durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Anleihemärkte: Grundgesetzänderung sorgt für nachhaltige Renditebewegung

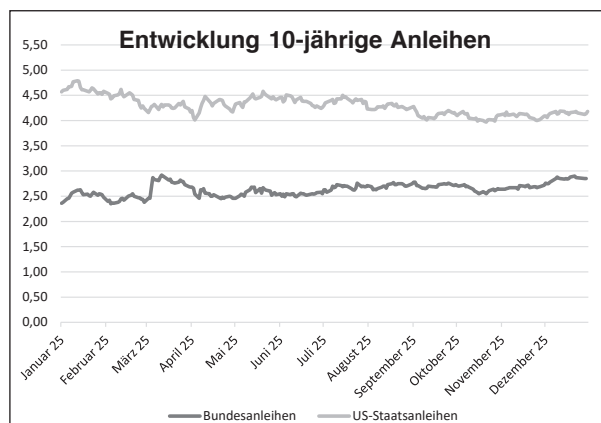
Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihekurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führten. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die zehnjährige Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets bezogen auf Schlusskurse kurzzeitig auf knapp 3 %, bevor sie sich nach einem Rückgang im Bereich von etwa 2,7 % einpendelte. Zum Jahresende folgte ein kleiner Anstieg und die Renditen lagen zum Jahresschluss bei 2,85 %. Die Zinsaufschläge zu zehnjährigen Bundesanleihen für französische Papiere lagen durch die politisch instabile Lage in Frankreich im Bereich von etwa 70 bis 80 Basispunkten. Damit lagen sie zum Jahresende seit Längerem erstmals wieder höher als die für italienische Papiere, die zum Jahresresultimo bei etwa 65 Basispunkten lagen.



Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Darstellung

Langlaufende Anleihen bleiben trotz geldpolitischer Lockerungen hoch

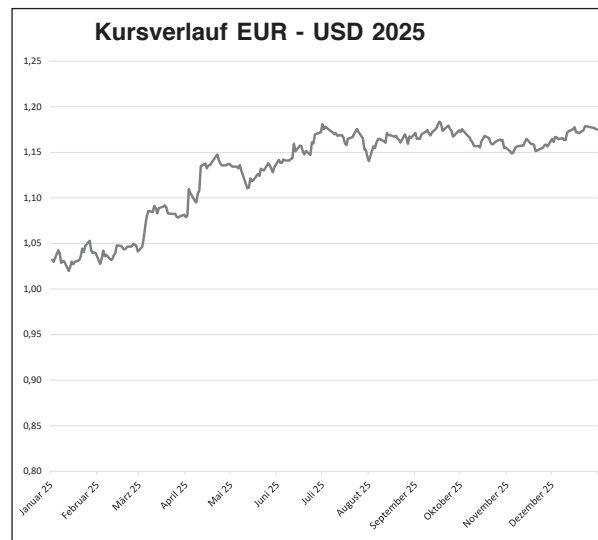
In den USA starteten die zehnjährigen US-Anleihen mit einer Rendite von 4,57 % ins Jahr 2025 und erreichten bereits im Januar mit 4,79 % den höchsten Stand des Jahres auf Schlusskursbasis. In der zweiten Jahreshälfte setzte zusammen mit den Zinssenkungen der Fed eine leichte Abwärtsbewegung ein. Zum Jahresende notierten die zehnjährigen Papiere bei 4,16 %. Im Vereinigten Königreich blieben die Renditen auf Jahressicht nahezu unverändert. Zu Jahresbeginn lagen sie wie ihre amerikanischen Pendanten für zehnjährige Titel bei 4,57 %. Zum Jahresende notierten sie mit 4,47 % nur leicht darunter. Unsicherheiten über fiskalische Spielräume sorgten im Vereinigten Königreich für Zinsaufschläge.



Quelle: Deutsche Bundesbank, Federal Reserve Bank of St. Louis, eigene Darstellung

Euro wertet gegenüber Handelspartnern deutlich auf

Die europäische Gemeinschaftswährung startete mit einem Kurs von 1,0355 US-Dollar in das Jahr 2025 und tendierte in den ersten Handelswochen eher seitwärts. Die Ankündigungen des deutschen Fiskalpakets im März 2025 und der amerikanische „Befreiungstag“ im April sorgten für eine nachhaltige Aufwertung des Euros. Bis Juli 2025 hielt die Aufwärtsbewegung an, bevor der Euro-US-Dollar-Wechselkurs in eine Seitwärtsbewegung überging, in der er mit leichten Schwankungen bis zum Jahresende verblieb. Zum Jahresschluss kostete ein Euro 1,1745 US-Dollar. Die Stärke des Euros beschränkte sich dabei nicht auf den US-Dollar. Der effektive Wechselkurs des Euros gegenüber den 41 wichtigsten Handelspartnern erreichte im vergangenen Jahr ein Allzeithoch, nahe dem er das Handelsjahr be-



Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Darstellung

schloss. Verunsicherung über die erratische Politik in den USA sorgte für Abflüsse aus dem US-Dollar und eine Stärkung des Euros. Auch die veränderten Zinserwartungen sowie die Aussicht und Hoffnung auf weitere Zinssenkungen der Fed trugen zur US-Dollar-Abwertung bei. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des gesamten Euroraums hat sich durch die effektive Aufwertung verschlechtert.

Edelmetalle profitieren in Zeiten hoher Unsicherheit als sicherer Hafen

Das Jahr 2025 war geprägt von geo- und handelspolitischen Unsicherheiten. Unsicherheitsindizes wie der viel beachtete Economic Policy Uncertainty Index erreichten in Deutschland und Europa neue Höchststände, in den USA den dritthöchsten Stand seit der globalen Finanzkrise 2008 sowie der Corona-Pandemie 2020. Diese Unsicherheit ging im vergangenen Jahr insbesondere von den USA und den politischen Ankündigungen sowie Entscheidungen der US-Regierung aus. Besonders profitieren konnten von dieser Unsicherheit und der damit verbundenen Schwächung des US-Dollars Edelmetalle wie Gold, Silber, Platin und Palladium, die neue Rekordstände erreichten. Der Goldpreis stieg auf Jahressicht um über 60 % und überschritt erstmals die Marke von 4.000 US-Dollar pro Feinunze. Zum Jahresschluss notierte Gold bei 4.324 US-Dollar. Noch stärker konnte der Silberpreis zulegen, der insgesamt um knapp 150 % stieg, gefolgt von Platin mit rund 120 % und Palladium mit über 70 %.

DAX beendet das Jahr nahe Allzeithoch

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen „Befreiungstag“ in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.



Quelle: finanzen.net, eigene Darstellung

„Befreiungstag“ sorgt für kurzfristige Turbulenzen

Die größten Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im vergangenen Jahr wurden vermutlich durch den amerikanischen „Befreiungstag“ am 2. April 2025 ausgelöst. Der US-Präsident kündigte Zölle gegen eine Reihe von Ländern an, die mindestens 10 % auf Importe für alle Länder vorsahen und für einzelne Länder deutlich höher ausfielen. Bezogen auf Schlusskurse gaben in Europa und den USA die Aktienmärkte innerhalb weniger Tage um

über 10 % nach. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen stiegen in den darauffolgenden Tagen in der Spitze um mehr als 25 Basispunkte, der Euro wertete um über 2,5 % auf und der Ölpreis fiel angesichts der Aussichten auf eine geringere globale Nachfrage innerhalb weniger Tage um rund 16 %. Zumindest vorübergehend schien das Vertrauen in den Status der US-Währung als sicherer Hafen beschädigt. Üblicherweise wertet der US-Dollar unter Finanzmarktstress auf und US-Anleihen gewinnen an Wert. Die heftige Reaktion der Finanzmärkte gilt aber auch als ein Grund, warum die US-Regierung zeitnah einlenkte und die Zölle nach einigen Tagen wieder aussetzte, um Verhandlungen mit den einzelnen Ländern einzuleiten. Die Ankündigung der Aussetzung der Zölle sorgte für eine deutliche Erholung an den Finanzmärkten mit Kursgewinnen.

Aktienmärkte beenden das Jahr 2025 mit deutlichem Plus und erhöhten Bewertungen

Den Turbulenzen rund um den „Befreiungstag“ folgte weltweit eine Aufwärtsbewegung. Bezogen auf die Schlusskurse erreichte der DAX am 9. Oktober 2025 mit 24.611 Punkten den höchsten Stand des Jahres und schloss das Jahr nur leicht darunter, mit einem Plus von 23,01 % im Jahresvergleich. Auch die europäischen Aktienmärkte beendeten das Jahr mit Gewinnen: Der Euro Stoxx 50 stieg im Jahresverlauf um 18,29 %. Der französische CAC 40 verzeichnete ein Wachstum von 10,42 %, wobei hier die politischen Unsicherheiten um die angeschlagene Regierung belasteten. Der italienische FTSE MIB erzielte ein Plus von 31,47 %. Die amerikanischen Indizes entwickelten sich teilweise etwas schwächer als die europäischen: Der S&P 500 Composite legte um 16,39 % zu, der Dow Jones Industrial Average stieg um 12,97 %. Der Nasdaq Composite erzielte hingegen, getrieben von KI-Hoffnungen und den großen Technologieunternehmen, einen Zuwachs von 20,36 %. Der britische FTSE 100 legte um 21,51 % zu, der japanische Nikkei 225 stieg um 26,18 %.

Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern

Geopolitische Spannungen, Zollkonflikte und eine schwache Konjunktur prägen das wirtschaftliche Umfeld. Dennoch haben sich die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken im Geschäftsjahr 2025 erfolgreich behauptet. Das Gesamtbetriebsergebnis stieg um 144 Millionen Euro auf 2,2 Milliarden Euro.

Die Bilanzsumme der 175 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken stieg 2025 um 2,9 Prozent beziehungsweise rund sechs Milliarden Euro auf 216,4 Milliarden Euro. Die Institute verfügen weiterhin über eine solide Eigenkapitalausstattung. Das Kernkapital ist in absoluten Werten von 20,9 auf 22,2 Milliarden Euro gewachsen. Die Kernkapitalquote ging aufgrund regulatorischer Effekte geringfügig von 17,2 Prozent auf 17,1 Prozent zurück.

Die Ausleihungen wuchsen insgesamt um 3,8 Prozent auf 147,7 Milliarden Euro. Dabei zeigt sich eine klare Verschiebung bei den Laufzeiten: Kurz- und mittelfristige Ausleihungen gingen um 4,9 Prozent zurück, während langfristige Kredite um 5,1 Prozent zulegten. Kundinnen und Kunden sichern sich damit zunehmend langfristige Finanzierungskonditionen.

Das Kreditvolumen bei Firmenkunden stieg um 2,8 Prozent beziehungsweise 2,1 Milliarden Euro und damit langsamer als im Vorjahr. Dies spiegelt die konjunkturelle Schwäche sowie die Zurückhaltung vieler Unternehmen wider. Deutlich dynamischer entwickelte sich das Privatkundengeschäft. Hier legten die Kredite um 4,7 Prozent beziehungsweise 2,9 Milliarden Euro zu. Haupttreiber waren Wohnungsbaukredite. Das Neugeschäft im Wohnungsbau belief sich 2025 auf rund 17,3 Milliarden Euro und lag damit etwa 30 Prozent über dem Vorjahreswert von 13,3 Milliarden Euro.

Die bilanziellen Kundengelder erhöhten sich 2025 um 3,4 Prozent beziehungsweise 5,5 Milliarden Euro auf 166,7 Milliarden Euro. Das Wachstum lag damit auf dem Niveau des Vorjahres. Nach einem Rückgang im ersten Quartal entwickelte sich das Einlagengeschäft im Jahresverlauf positiv.

Sichteinlagen stellen weiterhin mit rund 62 Prozent den größten Anteil an den Kundengeldern. Umschichtungen in Termineinlagen spielten – anders als in den Vorjahren – kaum noch eine Rolle. Die Termineinlagen sind um 2,5 Prozent auf 34,8 Milliarden Euro zurückgegangen.

Der Trend zur Geldanlage an den Kapitalmärkten hält an. Die Kunden der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken eröffneten im vergangenen Jahr per Saldo 32.000 neue Wertpapierdepots. Auch durch diese gute Nachfrage legte das Provisionsergebnis von 1,40 Milliarden Euro auf 1,44 Milliarden Euro zu. Ebenso stieg der Zinsüberschuss, von 3,5 Milliarden Euro auf 3,8 Milliarden Euro – auch aufgrund von Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB). Aufgrund tariflich vereinbarter Lohn erhöhungen sowie leicht gestiegener Sachkosten sind die Betriebskosten im Bankgeschäft leicht von 2,9 Milliarden Euro auf 3,1 Milliarden Euro gestiegen. Trotz gestiegener Kosten ist die CIR von 60,4 Prozent auf den historisch niedrigen Stand von 59,8 Prozent gesunken. Diese Entwicklung zeigt: Die Banken sind effizient und profitabel.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern eine Kreditrisikovorsorge in Höhe von 339 Millionen Euro, nach 474 Millionen Euro im Vorjahr. Im Wertpapierbereich sind, nach Zuschreibungen in Höhe von 144 Millionen Euro im Vorjahr, in diesem Jahr leichte Abschreibungen in Höhe von 42 Millionen Euro erforderlich. Unterm Strich steht somit ein bereinigtes Ergebnis vor Ertragssteuern in Höhe von rund 1,8 Milliarden Euro. Dieses lag mit einem Plus von 52 Millionen Euro leicht über dem Vorjahresniveau.

Bayerns Volksbanken und Raiffeisenbanken	2025	2024
Anzahl	175	180
Geschäftsstellen	1.618	1.674
Mitarbeiter	29.249	28.788
Mitglieder in Tsd.	2.558	2.552
Bilanzsumme in Mrd. Euro	216,4	210,3
Verwaltete Kundengelder bilanziell in Mrd. Euro	166,7	161,2
Verwaltete Kundengelder inklusive Verbundpartner in Mrd. Euro	297,9	284,3
Ausgereichte Kredite bilanziell in Mrd. Euro	147,7	142,3
Ausgereichte Kredite inklusive Verbundpartner in Mrd. Euro	175,6	170,5
Gesamtkapitalquote in %	18,3	18,4

Quelle: Genossenschaftsverband Bayern

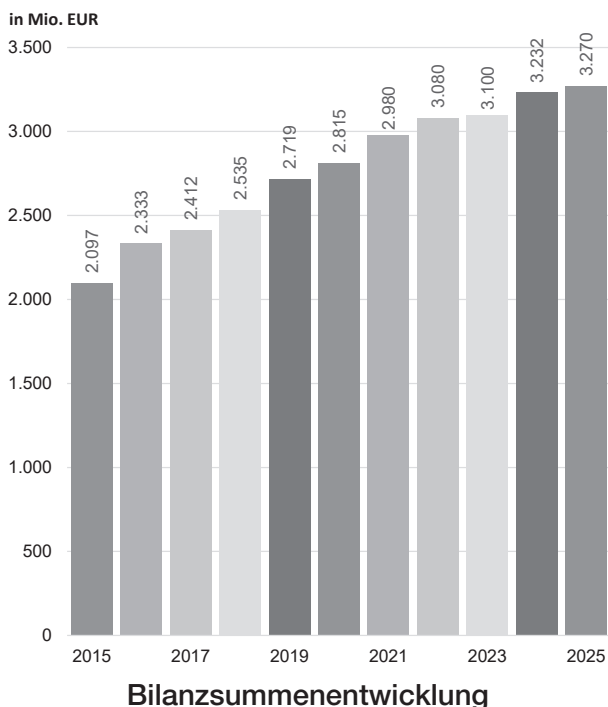
Geschäftsentwicklung der Bank

Das Geschäftsjahr 2025 verlief für die Genossenschaftsbank eG München unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen erfolgreich. Das Geschäft konnte leicht ausgebaut und die Bilanzsumme um 37,6 Mio. EUR oder 1,2 % auf 3.269,9 Mio. EUR gesteigert werden. Parallel zu dieser Entwicklung konnte eine gute Ertragslage verzeichnet werden, so dass ein wichtiger Beitrag zur inneren Stärkung des Unternehmens möglich war.

Träger der Geschäftsausweitung war insbesondere das Einlagengeschäft.

Bilanzsumme

Zum Stichtag 31.12.2025 betrug die Bilanzsumme 3.269.881.751,74 EUR. Sie wuchs damit um 37.633.189,03 EUR. Die Genossenschaftsbank eG München konnte ihre Marktstellung behaupten.



Im Jahr 2025 erreichten wir bundesweit den 97. Rang unter den nach 26 Fusionen verbliebenen 644 Genossenschaftsbanken.

In Bayern belegten wir den 14. Rang unter den nach 5 Fusionen verbliebenen 175 bayerischen Kreditgenossenschaften.

Rang	Institut	Bilanzsumme in TEUR*
1	Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG	52.443.000
2	BBBank eG	22.501.273
3	Berliner Volksbank eG	20.115.430
.	.	.
21	Sparda-Bank München eG	9.316.225
.	.	.
55	Hausbank München eG Bank für Haus- und Grundbesitz	5.130.597
.	.	.
89	Münchner Bank eG	3.668.065
.	.	.
97	Genossenschaftsbank eG München	3.282.876
.	.	.
.	.	.
130	VR Bank München Land eG	2.586.035
.	.	.
.	.	.
221	Raiffeisenbank München-Süd eG	1.538.147
.	.	.
.	.	.
290	Raiffeisenbank München-Nord eG	1.017.069
.	.	.
.	.	.
644	Raiffeisenbank Gammesfeld eG	37.123

* nach Bilanzstatistik (Hochrechnung)

Quelle: Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)

Barreserve

Zum Bilanzstichtag betrug die Barreserve 24,7 Mio. EUR.

Bei der Deutschen Bundesbank wurde ein Guthaben in Höhe von 19,9 Mio. EUR unterhalten.

Die Zahlungsfähigkeit unserer Bank war im Berichtszeitraum stets gewährleistet. Die Liquiditätshaltung (nach der Liquiditätsverordnung bzw. der Capital Requirements Regulation) entsprach jederzeit den gesetzlichen Bestimmungen, deren Einhaltung von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht überwacht wird.

Forderungen an Kreditinstitute

Bis zum Bilanzstichtag erhöhten sich unsere Forderungen gegenüber Kreditinstituten von 349,9 Mio. EUR um 174,0 Mio. EUR auf 523,9 Mio. EUR.

Die Forderungen waren als täglich fällige Anlagen im Wesentlichen bei der Deutschen Bundesbank und der genossenschaftlichen Zentralbank angelegt.

Forderungen an Kunden

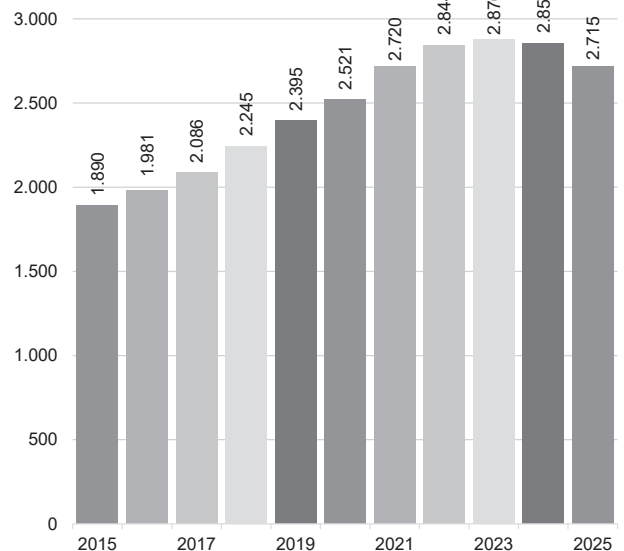
Im Geschäftsjahr 2025 verringerten sich die Kundenausleihungen (Forderungen an Kunden in Höhe von 2.702,5 Mio. EUR und Bürgschaften im Kundengeschäft in Höhe von 12,9 Mio. EUR) um 141,3 Mio. EUR oder 4,9 % von 2.856,7 Mio. EUR auf 2.715,4 Mio. EUR.

Das Kreditneugeschäft im Berichtsjahr war erneut von einem breit gefächerten Spektrum an Finanzierungen geprägt. Finanziert wurden im Wesentlichen der Erwerb von Baugrundstücken, Renditeobjekten, Wohnimmobilien, die Durchführung von Bauträgermaßnahmen, die Instandhaltung und Modernisierung von Miet- und Eigentumsobjekten sowie Unternehmensinvestitionen.

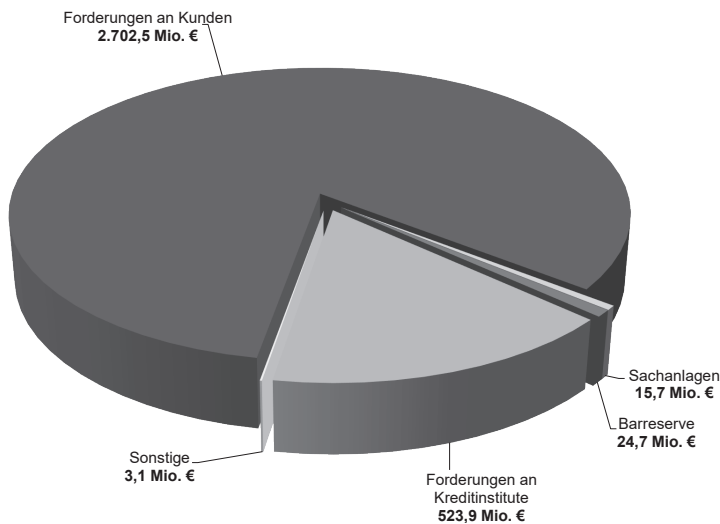
Unsere Kreditnehmer sind in verschiedenen Branchen tätig.

in Mio. EUR

3.500



Entwicklung der Kundenausleihungen



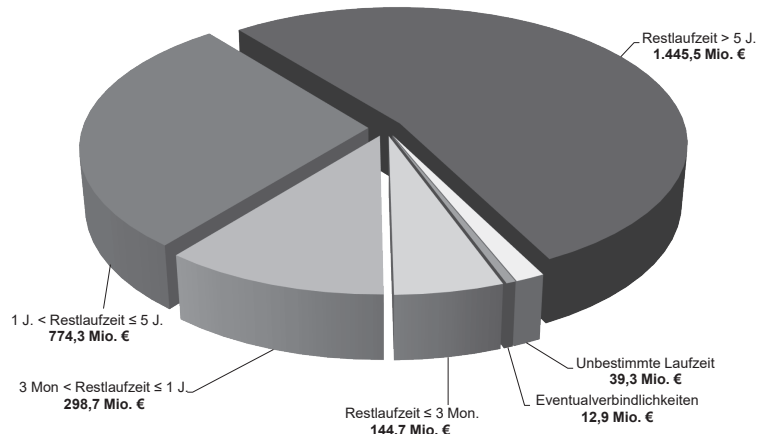
Struktur der Aktivseite

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Kunden in Höhe von 2.702,5 Mio. EUR sind nach Restlaufzeiten gegliedert: die Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten betrugen 144,7 Mio. EUR, die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr beliefen sich auf 298,7 Mio. EUR, die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren betrugen 774,3 Mio. EUR und die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren betrugen 1.445,5 Mio. EUR. In den Forderungen an Kunden sind zusätzlich 39,3 Mio. EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Unseren Kunden konnten wir erneut bei der Beschaffung zinsgünstiger Sonderkredite aus Mitteln des Bundes und der Länder zur Seite stehen.

Im Interesse unserer Mitglieder und Kunden nutzten wir das Jahr 2025 zur weiteren Optimierung unserer Betreuungs- und Kreditentscheidungsprozesse. In der Branchen- und Größenklassenstruktur unseres Kreditportfolios sind 2025 keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Der Bestand ist breit gestreut.

Wir haben das Kreditportfolio gewissenhaft bewertet und im erforderlichen geringem Umfang Risikovor-sorgen gebildet.



Struktur der Kundenausleihungen

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften

Der Beteiligungsbesitz zum 31.12.2025 wird mit 1.002.585,43 EUR ausgewiesen.

Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus einer Beteiligung an der Bayerischen Raiffeisen-Beteiligungs-AG mit 929.844,00 EUR, an der DZ Bank AG mit 27.191,43 EUR, an der Atruvia AG in Höhe von 20.000,00 EUR und an der Münchener Hypothekenbank eG mit 17.500,00 EUR.

Anteile an verbundenen Unternehmen/ Tochtergesellschaft

Die Position Anteile an verbundenen Unternehmen wird mit 201.129,19 EUR ausgewiesen. Das Stammkapital unserer 100-prozentigen Tochterfirma, der Raiffeisen-Versicherungs-Service GmbH, steht mit 51.129,19 EUR zu Buche. Außerdem besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 150.000,00 EUR.

Treuhandvermögen

Die Treuhandkredite stehen mit 330 TEUR zu Buche. Das Risiko unserer Bank daraus ist auf die ordnungsgemäße Verwaltung dieser Kredite beschränkt. Der gegenständliche Aktivposten entspricht der Position Treuhandverbindlichkeiten auf der Passivseite.

Sachanlagen

Unter der Bilanzposition Sachanlagen sind die zum Bilanzstichtag vorhandenen Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung erfasst.

Im Einzelnen betrugen die Buchwerte zum 31.12.2025 für Grundstücke und Gebäude 15,5 Mio. EUR und für Betriebs- und Geschäftsausstattung 0,2 Mio. EUR.

Die Abschreibungen beliefen sich auf insgesamt 0,5 Mio. EUR zum Bilanzstichtag.

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten sonstige Vermögensgegenstände enthält vor allem die Werte für Steuererstattungsansprüche aus Gewerbe- und Körperschaftssteuer und Provisionsforderungen. Die Position schließt zum 31.12.2025 mit 1,5 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Zum 31.12.2025 betrugen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 499,1 Mio. EUR.

Die gesamten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist ausgewiesen.

Unsere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist teilen sich wie folgt auf: die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von weniger als drei Monaten betrugen 50,7 Mio. EUR, die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr beliefen sich auf 121,7 Mio. EUR, die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren betrugen 244,0 Mio. EUR und die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren betrugen 82,7 Mio. EUR.

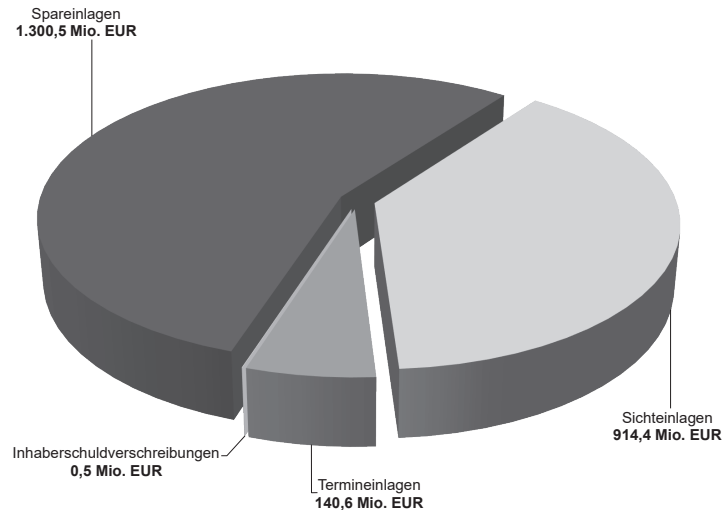
Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist enthalten auch Refinanzierungsmittel aus öffentlichen Kreditprogrammen, die wir an unsere Kunden als zinsgünstige Sonderkredite weitervermittelt haben. Überwiegend handelt es sich jedoch um mittel- bis langfristige Refinanzierungsdarlehen.



Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

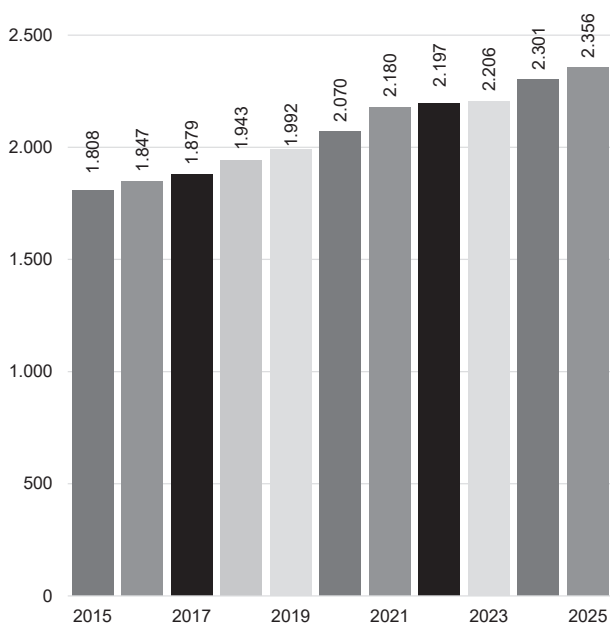
Mit marktgerechten Angeboten konnte der Bestand an Kundeneinlagen im vergangenen Jahr gesteigert werden. Mit insgesamt 2.356,0 Mio. EUR Kundengeldern (einschließlich begebene Inhaberschuldverschreibungen) konnte der Vorjahreswert um 54,8 Mio. EUR oder 2,4 Prozent übertroffen werden. Die Einlagen von Kunden setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 2.355,6 Mio. EUR und den Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 468 TEUR zusammen.

Die Sichteinlagen und Tagesgelder erhöhten sich im Berichtszeitraum um 8,8 Mio. EUR auf 914,5 Mio. EUR. Die Spareinlagen erhöhten sich um 54,4 Mio. EUR auf 1.300,5 Mio. EUR. Die Termineinlagen verringerten sich im vergangenen Jahr um 8,3 Mio. EUR auf 140,6 Mio. EUR.



Struktur der Kundeneinlagen

in Mio. EUR



Entwicklung der Kundeneinlagen

Treuhandverbindlichkeiten

Dieser gegenständliche Passivposten entspricht dem Posten Treuhandvermögen auf der Aktivseite. Zum Jahresende stehen die Treuhandverbindlichkeiten mit 330 TEUR zu Buche. Das Risiko unserer Bank daraus ist auf die ordnungsgemäße Verwaltung dieser Kredite beschränkt.

Sonstige Verbindlichkeiten

Dieser Posten belief sich zum Jahreswechsel auf 7,7 Mio. EUR. Unter anderem sind darin noch an das Finanzamt abzuführende Abgeltungssteuer und Kapitalertragssteuer enthalten.

Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Insgesamt steht diese Position mit 3,1 Mio. EUR zu Buche.

Rückstellungen

Der Bilanzausweis ist mit 13,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. EUR gefallen. Entsprechend den versicherungsmathematischen Gutachten entfielen 10,1 Mio. EUR auf Pensionsrückstellungen. Weiter bestehen Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen in Höhe von insgesamt 3,0 Mio. EUR. Letztere betreffen beispielsweise Rückstellungen für Prüfungskosten oder für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen.

Genussrechtskapital

Zum Bilanzstichtag belief sich das Genussrechtskapital auf 1,7 Mio. EUR. Nach dem Auslaufen der Übergangsregelung der Artikel 484 ff. CRR zählt das Genussrechtskapital nicht mehr zu den Eigenmitteln der Bank.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Die Bilanzposition Fonds für allgemeine Bankrisiken weist zum Bilanzstichtag 300,0 Mio. EUR aus. Sie dient der allgemeinen Vorsorge vor Risiken, die im Bankgeschäft auftreten können und wurde gemäß § 340 g Handelsgesetzbuch gebildet. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken stellt hartes Kernkapital der Bank dar und zählt somit vollumfänglich zu den Eigenmitteln gemäß CRR.

Eigenkapital

Die angemessene Eigenkapitalausstattung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Ausweitung des Kreditgeschäftes. Gerade im Hinblick auf die zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung der Institute wird eine bestmögliche Thesaurierung von entscheidender Bedeutung sein.

Das bilanzielle Eigenkapital in Höhe von 88,8 Mio. EUR setzt sich aus gezeichnetem Kapital in Höhe von 14,0 Mio. EUR, gesetzlicher Rücklage in Höhe von 14,1 Mio. EUR, anderen Ergebnismrücklagen in Höhe von 59,0 Mio. EUR und dem Bilanzgewinn in Höhe von 1,7 Mio. EUR zusammen.

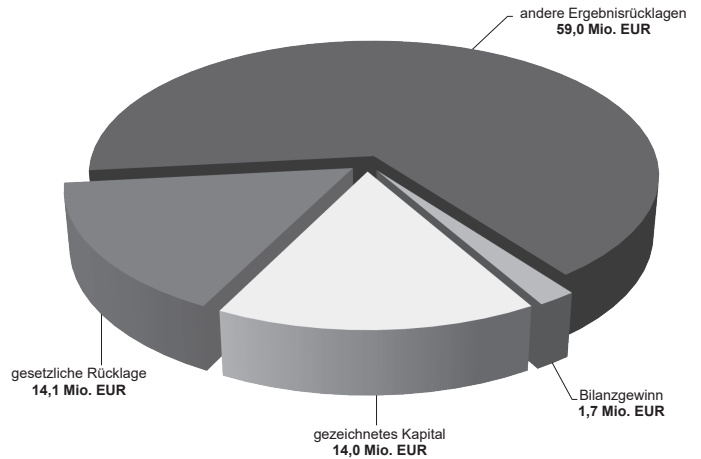
Die erforderliche Gesamtkapitalquote gemäß CRR, die die Eigenmittel zu der nach dem Risiko gewichteten Aktiva und den außerbilanziellen Geschäften ins Verhältnis setzt, übertreffen wir mit einem Wert von 25,7 % deutlich. Dies verschafft uns den für eine Ausdehnung des Kreditgeschäftes notwendigen Spielraum.

Eventualverpflichtungen

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverpflichtungen resultieren aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen. Zum Bilanzstichtag standen 12,9 Mio. EUR zu Buche.

Andere Verpflichtungen

In der ebenfalls unter dem Bilanzstrich angegebenen Bilanzposition „Andere Verpflichtungen“ werden die zum Bilanzstichtag bestehenden unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 139,6 Mio. EUR ausgewiesen.



Struktur des bilanziellen Eigenkapitals

Zins- und Provisionsüberschuss

Die Zinserträge im Jahr 2025 blieben gegenüber dem Vorjahr mit einem Wert von 76,1 Mio. EUR nahezu konstant. Die Zinsaufwendungen verringerten sich im gleichen Zeitraum um 4,1 Mio. EUR auf 34,7 Mio. EUR. Daraus resultiert ein Zinsüberschuss von 41,4 Mio. EUR.

Die Provisionserträge in Höhe von 2,9 Mio. EUR sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Der Provisionsaufwand erhöhte sich zugleich geringfügig auf 0,6 Mio. EUR, so dass sich ein Provisionsüberschuss zum Bilanzstichtag von rund 2,2 Mio. EUR ergibt.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten insbesondere Mieteinnahmen und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Insgesamt flossen der Bank 1,1 Mio. EUR zu.

Allgemeiner Verwaltungsaufwand

Die Optimierung innerbetrieblicher Arbeitsabläufe und die Erhöhung der Produktivität durch einen gezielten und kostenbewussten Einsatz der Betriebsmittel war auch im Jahr 2025 unser Ziel.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen, die sich aus Personalaufwand und Sachaufwand zusammensetzen, verringerten sich im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr und belaufen sich auf 16,0 Mio. EUR.

Der Personalaufwand verringerte sich dabei um 0,7 Mio. EUR auf 10,8 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind um 0,1 Mio. EUR auf 5,2 Mio. EUR gefallen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten beispielsweise die Kosten für die Verwaltung bankeigener Immobilien. Insgesamt weisen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen einen Betrag von 0,4 Mio. EUR aus.

Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft

Erhöhte Risikovorsorgen waren insgesamt nicht erforderlich, so dass sich per Saldo Erträge aus der Zuschreibung zu Forderungen in Höhe von 4,8 Mio EUR ergaben.

Bei dieser Position handelt es sich im Wesentlichen um die Auflösung von versteuerten Vorsorgereerven nach § 340 f HGB (Vorsorge für allgemeine Bankrisiken).

Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss beträgt zum Bilanzstichtag 2,7 Mio. EUR.

Einstellungen in Rücklagen und Bilanzgewinn

Die Vorwegeinstellungen in die gesetzliche Rücklage betragen 300 TEUR und in andere Ergebnismrücklagen 689 TEUR.

Nach den Vorwegeinstellungen wird für das Geschäftsjahr 2025 ein Bilanzgewinn von 1.737.259,61 EUR ausgewiesen.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat der Vertreterversammlung vor, den Bilanzgewinn für die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 733.204,00 EUR zuzüglich eines Bonus in Höhe von 663.375,04 EUR und die Einstellung in andere Ergebnismrücklagen in Höhe von 340.680,57 EUR zu verwenden.

Die vorgeschlagene Gewinnverwendung entspricht den Vorschriften der Satzung.

Sonstige Angaben

Die Genossenschaftsbank eG München ist Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V. (GVB), dem gesetzlichen Prüfungsverband.

Mitgliedschaft im genossenschaftlichen Sicherungssystem

Das Vertrauen der Bankkunden in die Sicherheit ihrer Einlagen sowie das Vertrauen der Geld- und Kapitalmärkte in die Stabilität des Bankensystems in Deutschland sind ein hohes Gut.

Die als gesetzliches Einlagensicherungssystem anerkannte BVR Institutssicherung GmbH und die freiwillige Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (Sicherungseinrichtung des BVR) gewährleisten diese Stabilität und dieses Vertrauen in den genos-

schaftlichen Finanzsektor. Beide institutsbezogene Sicherungssysteme ergänzen sich. Die Genossenschaftsbank eG München ist diesen Einrichtungen angeschlossen.

Mitgliedschaft im VR Gewinnspareverein Bayern eV

Die Genossenschaftsbank eG München ist Mitglied im VR Gewinnspareverein Bayern eV und bietet ihren Mitgliedern und Kunden die Teilnahme an dieser Lotterie an.

Gegenstand des Vereins ist das Zurücklegen kleinerer Sparbeträge verbunden mit einer Lotterie. Von 5 Euro Lospreis werden jeweils 4 Euro angespart und mit einem Euro wird an den Auslosungen teilgenommen. Dabei ist die Chance auf einen Hauptgewinn (u. a. PKW, bis zu 100.000 Euro Geldgewinn) mit rund 1 zu 4.100 außergewöhnlich gut. Auch die Genossenschaftsbank konnte in den letzten Jahren immer wieder Hauptgewinne unter ihren Teilnehmern verzeichnen.

Die sichersten „Gewinne“ erzielen jedoch gemeinnützige, mildtätige und karitative Einrichtungen im jeweiligen Geschäftsgebiet der teilnehmenden Bank denen der Reinertrag zu gute kommt.

Geschäftsausblick

Die Gesamtwirtschaft befindet sich immer noch in einer konjunkturellen Schwächephase. Enorme inländische Bürokratielasten, global verhaltene Industriekonjunktur, hohe Energiekosten und hohe geo- und wirtschaftspolitische Unsicherheiten prägen diese Entwicklung.

Positive Auswirkungen ergeben sich durch das Fiskalpaket der neuen Bundesregierung, jedoch abhängig davon, inwieweit die massiven zusätzlichen Finanzmittel für Investitionen genutzt werden. Die somit steigenden Konsumausgaben stützen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Während der Privatkonsum moderat steigen dürfte, zeichnet sich beim Staatskonsum ein weiteres Wachstum ab. Die zusätzlichen Staatsausgaben werden insbesondere den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen Impulse geben. Vom Außenhandel, insbesondere im Hinblick auf die US-Handelspolitik, ist dagegen kein wesentlicher Wachstumsimpuls zu erwarten.

Stark konjunkturdämpfend wirkt zudem der Irankrieg im Nahen Osten. Vor diesem Hintergrund sind die Öl- und Gaspreise merklich gestiegen und die globalen Lieferketten geraten unter Druck.

Im Ergebnis dürfte nach Einschätzungen des BVR (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken) das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht steigen (erwartete BIP Zuwachsrate 1,0%). Rund ein Drittel der Zuwachsrate ist dabei allein auf Kalendereffekte zurückzuführen (Zahl der Arbeitstage ist im Jahr 2026 um 2,4 Tage höher).

Im Hinblick auf den Irankrieg im Nahen Osten, das Fortdauern des Russland-Ukrainekrieges und die Handels- und Wirtschaftspolitik der USA besteht insgesamt ein enormes Potenzial an Unwägbarkeiten, so dass alle Prognosen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet sind.

Die Metropolregion München präsentiert sich als insgesamt starker Markt. Jedoch ist auch hier mit entsprechenden Beeinträchtigungen aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Schwächephase sowie den vorgenannten wirtschafts- und geopolitischen Spannungen zu rechnen. Insgesamt sind die Auswirkungen hinsichtlich der dynamischen Entwicklung laufend neu zu beurteilen.

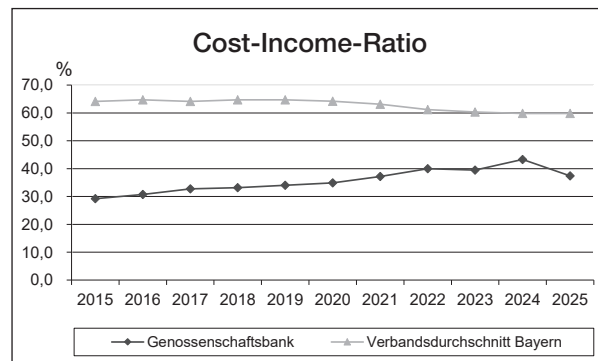
Das geschäftliche Umfeld befindet sich weiter im Wandel und muss sich, neben der schwierigen konjunkturellen Lage, grundsätzlich mehreren Herausforderungen stellen, um für die Zukunft gewappnet zu sein: wachsende aufsichtsrechtliche Anforderungen, die fortschreitende Digitalisierung sowie ein anhaltend harter Wettbewerb.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwarten wir eine vorsichtig positive Entwicklung im Geschäftsverlauf. Unter dieser Annahme sehen wir für das nächste Geschäftsjahr eine moderate Nachfrage im Einlagengeschäft verbunden mit einer leichten Steigerung des Einlagevolumens. Im Kundenkreditgeschäft erwarten wir ein in etwa gleichbleibendes Kreditvolumen. Diese Prognose basiert auch auf der Prämisse eines stabilen Zinsniveaus.

Maßgeblich für die Entwicklung der Ertragslage ist weiterhin die Zinsspanne. Wir erwarten in etwa gleich bleibende Zinserträge und zugleich leicht sinkende Zinsaufwendungen. Demnach gehen wir von einem leichten Anstieg des Zinsüberschusses aus.

Im Hinblick auf die vorgenannten Gegebenheiten sind unsere Prognosen mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet.

Neben überdurchschnittlichen Marktaktivitäten wird wiederum ein straffes Kostenmanagement gefordert sein. Daneben wird im Kreditgeschäft der Kurs einer risikobewussten Kreditpolitik unverändert fortgesetzt. An unserer Zielvorstellung bezüglich der Cost-Income-Ratio (CIR) halten wir nach wie vor fest. Unser künftiges Ziel wird weiterhin sein, die CIR deutlich unter 50 % zu halten. Im Jahr 2025 konnten wir eine CIR von 37,4 % erreichen, d. h. mit rund 37 Cent konnte ein Euro Bruttoertrag erzielt werden. Damit belegen wir eine Spitzenposition sowohl unter den bayrischen als auch unter den deutschen Genossenschaftsbanken.



Wir werden weiterhin für eine sachkundige und bedarfsorientierte Betreuung unserer Mitglieder und Kunden eintreten. Dafür ist die permanente Qualifizierung unserer Mitarbeiter unverzichtbar, die auch künftig einen geschäftspolitischen Schwerpunkt unseres Hauses darstellt.

Wir werden unseren Kunden auch im Geschäftsjahr 2026 mit innovativen Ideen zur Seite stehen, sie bei allen wichtigen finanziellen Entscheidungen unterstützen und ihnen als verlässlicher Ansprechpartner und Problemlöser in volatilen Zeiten dienen.

Bericht des Aufsichtsrats



Gerhardt Schuhmann
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Entsprechend den gesetzlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der Aufsichtsrat die ihm obliegenden Aufgaben wahrgenommen und sich vom Vorstand regelmäßig über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaftsbank eG München sowie deren Positionierung im Markt und alle wichtigen Vorgänge und besonderen Ereignisse unterrichten lassen.

Der Vorstand legte dem Aufsichtsrat die gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung zustimmungsbedürftigen Geschäftsvorfälle vor. In gemeinsamen Sitzungen mit dem Vorstand wurde über wichtige Einzelvorgänge beraten und die erforderlichen Beschlüsse wurden herbeigeführt.

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V., München, hat die gesetzliche Prüfung des Jahresabschlusses 2025 sowie des Lageberichts 2025 vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird der Aufsichtsrat in der Vertreterversammlung berichten.

Auf Grundlage der erfolgten gesetzlichen Prüfung hat der Aufsichtsrat vom Jahresabschluss, Anhang und Lagebericht zustimmend Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat befürwortet den Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung.

Wir danken dem Vorstand für die gute Zusammenarbeit, für die erfolgreiche Geschäftsführung und das erzielte Jahresergebnis. Ebenso danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre erfolgreiche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr sowie allen Mitgliedern und Kunden für ihr Vertrauen und ihre Treue zu unserer Genossenschaft.

München, im Mai 2026

Der Aufsichtsrat

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'S' followed by a series of loops and a horizontal line.

Gerhardt Schuhmann
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Jahresabschluss 2025

(Kurzfassung)

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2025
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2025

	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			4.815.467,25	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			19.860.360,00	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	19.860.360,00			
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	24.675.827,25
2. Schudtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schudtitel öffentlicher Stellen			–	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–			
b) Wechsel			–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			523.858.093,10	
b) andere Forderungen			–	523.858.093,10
4. Forderungen an Kunden				2.702.530.269,82
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.296.604.076,47			
Kommunalkredite	327.257,08			
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		–		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			
ab) von anderen Emittenten		–	–	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		–		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			
bb) von anderen Emittenten		–	–	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–			
c) eigene Schuldverschreibungen			–	–
Nennbetrag	–			
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				19.589,34
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften				
a) Beteiligungen			977.035,43	
darunter: an Kreditinstituten	27.191,43			
an Finanzdienstleistungsinstituten	–			
an Wertpapierinstituten	–			
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			25.550,00	1.002.585,43
darunter: bei Kreditgenossenschaften	17.500,00			
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–			
bei Wertpapierinstituten	–			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				201.129,19
darunter: an Kreditinstituten	–			
an Finanzdienstleistungsinstituten	–			
an Wertpapierinstituten	–			
9. Treuhandvermögen				329.523,30
darunter: Treuhandkredite	329.523,30			
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–	
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			17.270,00	
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–	
d) Geleistete Anzahlungen			–	17.270,00
12. Sachanlagen				15.731.831,00
13. Sonstige Vermögensgegenstände				1.470.091,00
14. Rechnungsabgrenzungsposten				45.542,31
Summe der Aktiva				3.269.881.751,74

	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			–	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			499.087.924,16	499.087.924,16
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		696.629.085,94		
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		603.837.089,98	1.300.466.175,92	
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		914.449.662,17		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		140.643.915,27	1.055.093.577,44	2.355.559.753,36
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			468.027,97	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			–	468.027,97
darunter: Geldmarktpapiere	–			
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–			
4. Treuhandverbindlichkeiten				329.523,30
darunter: Treuhandkredite	329.523,30			
5. Sonstige Verbindlichkeiten				7.745.617,09
6. Rechnungsabgrenzungsposten				3.138.645,74
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			10.059.590,00	
b) Steuerrückstellungen			104.018,85	
c) andere Rückstellungen			2.900.159,00	13.063.767,85
8.				–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				–
10. Genussrechtskapital				1.675.350,14
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–			
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				300.000.000,00
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–			
12. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital			13.975.020,48	
b) Kapitalrücklage			862,04	
c) Ergebnisrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		14.100.000,00		
cb) andere Ergebnisrücklagen		59.000.000,00		
cc)		–		
d) Bilanzgewinn			73.100.000,00	
			1.737.259,61	88.813.142,13
Summe der Passiva				3.269.881.751,74

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			12.866.034,91	
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	12.866.034,91
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–	
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–	
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			139.558.243,09	139.558.243,09
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–			

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		76.085.474,60		
b) festverzinslichen Wertpapieren u. Schuldbuchforderungen		–	76.085.474,60	
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	158,95			
2. Zinsaufwendungen			– 34.687.290,20	41.398.184,40
darunter: aus Aufzinsung von Rückstellungen	– 399,00			
darunter: erhaltene negative Zinsen	1.133,67			
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien u. anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.032,55	
b) Beteiligungen u. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			3.346,85	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			–	5.379,40
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				–
5. Provisionserträge			2.873.441,67	
6. Provisionsaufwendungen			– 647.701,01	2.225.740,66
7. Nettoertrag des Handelsbestands				–
8. Sonstige betriebliche Erträge				1.085.627,92
darunter: aus Abzinsung von Rückstellungen		16.726,06		
9. _____				–
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		– 9.275.052,94		
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		– 1.514.912,57	– 10.789.965,51	
darunter: für Altersversorgung	– 130.421,58			
b) andere Verwaltungsaufwendungen			– 5.168.685,63	– 15.958.651,14
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				– 467.155,03
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				– 362.692,31
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		– 70.324,00		
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			–	
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			4.777.597,74	4.777.597,74
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			–	
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			–	–
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				– 8.863,85
18. _____				–
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				32.695.167,79
20. Außerordentliche Erträge			–	
21. Außerordentliche Aufwendungen			–	
22. Außerordentliches Ergebnis				–
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			– 8.944.860,47	
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			– 23.966,15	– 8.968.826,62
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				– 21.000.000,00
25. Jahresüberschuss				2.726.341,17
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				–
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen				2.726.341,17
a) aus der gesetzlichen Rücklage			–	
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			–	–
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen				2.726.341,17
a) in die gesetzliche Rücklage			– 300.000,00	
b) in andere Ergebnisrücklagen			– 689.081,56	– 989.081,56
29. Bilanzgewinn				1.737.259,61

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich nicht um den vollständigen Jahresabschluss. Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 wurden vom Genossenschaftsverband Bayern e.V., München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Unterlagen zur Offenlegung werden nach Feststellung des Jahresabschlusses durch die Vertreterversammlung beim elektronischen Bundesanzeiger / Unternehmensregister eingereicht.

Mitarbeiterjubiläen

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses für das im vergangenen Jahr gezeigte Engagement und den maßgeblichen Beitrag zur Zufriedenheit unserer Kunden und zu unserem Erfolg. Für ihre langjährige Treue zu unserer Bank danken wir besonders den Damen und Herren, die im Jahr 2025 Dienstjubiläen feiern konnten.

45 Jahre

Edeltraud Schaur

35 Jahre

Natalie Wächter

30 Jahre

Isabella Engler
Bodo Kaufmann
Michael Steinle

25 Jahre

Franz Hutter
Andrea Mühlbauer
Sabine Schreier

20 Jahre

Philipp Bauer
Günter Buchner
Nazmiye Yildirim

15 Jahre

Dominik Bossert
Adrian Botzky
Jozef Ciupek

Eintritt in den Ruhestand

Nach 49 Jahren Tätigkeit in unserer Bank ist unser Vorstandsmitglied, Herr Josef Schmid, zum 31.12.2025 in den Ruhestand getreten. Im Herbst 1976 begann Josef Schmid seine Ausbildung zum Bankkaufmann. Mehr als 40 Jahre war Herr Schmid in der Kreditmarktfolge und Kreditberatung tätig. Im Jahr 2019 wurde Herr Schmid vom Aufsichtsrat zum Vorstand bestellt und verantwortete den Marktbereich Kredit. Für seine langjährige Tätigkeit danken wir ihm sehr herzlich und wünschen ihm für den Ruhestand alles Gute.



v.l.n.r.: Sebastian Pfundstein, Irmgard Gutmann, Sabine Schreier, Manfred Schories, Josef Schmid



v.l.n.r.: Josef Schmid, Irmgard Gutmann, Manfred Schories, Natalie Wächter, Adrian Botzky, Andrea Mühlbauer, Dominik Bossert, Michaela Naßl, Philipp Bauer, Jozef Ciupek, Sebastian Pfundstein



v.l.n.r.: Sebastian Pfundstein, Irmgard Gutmann, Franz Hutter, Michael Steinle, Josef Schmid, Manfred Schories

Geschäftsstellen

Genossenschaftsbank eG München

Bergsonstraße 184, 81245 München
Postfach 60 03 18, 81203 München
Telefon (089) 86 30 3 - 0
Telefax (089) 86 30 3 - 277
E-Mail kontakt@genobamuc.de
Internet www.genobamuc.de
BIC GENODEF1M07 – VIA GENODEFF701

Dienstleistungsabteilungen

Immobilien

Altostraße 34, 81245 München
Telefon (089) 86 30 3 - 284
Telefax (089) 86 30 3 - 278

Bausparen

Altostraße 34, 81245 München
Telefon (089) 86 30 3 - 274
Telefax (089) 86 30 3 - 278

Tochtergesellschaft

Raiffeisen-Versicherungs-Service GmbH

Altostraße 34, 81245 München
Telefon (089) 86 30 3 - 274
Telefax (089) 86 30 3 - 278

Öffnungszeiten

Hauptgeschäftsstelle Bergsonstraße,
Versicherung, Immobilien, Bausparen

Montag, Dienstag
09:00 – 12:30, 14:00 – 15:30 Uhr

Mittwoch, Freitag
09:00 – 12:30 Uhr, nachmittags nach Vereinbarung

Donnerstag
09:00 – 12:30, 14:00 – 17:30 Uhr

Geschäftsstellen Laim, Neuaubing,
Obermenzing, Obermenzing/Pipping, Pasing

Montag bis Freitag
09:00 – 12:30 Uhr, nachmittags nach Vereinbarung

Geschäftsstellen

Aubing

Bergsonstraße 184, 81245 München
Telefon (089) 86 30 3 - 0
Telefax (089) 86 30 3 - 277

Laim

Willibaldstraße 18, 80687 München
Telefon (089) 86 30 3 - 160
Telefax (089) 86 30 3 - 169

Neuaubing

Limesstraße 61, 81243 München
Telefon (089) 86 30 3 - 110
Telefax (089) 86 30 3 - 119

Obermenzing

Freseniusstraße 2, 81247 München
Telefon (089) 86 30 3 - 150
Telefax (089) 86 30 3 - 159

Obermenzing/Pipping

Rüttenauerplatz 1, 81245 München
Telefon (089) 86 30 3 - 130
Telefax (089) 86 30 3 - 139

Pasing

Irmonherstraße 5, 81241 München
Telefon (089) 86 30 3 - 140
Telefax (089) 86 30 3 - 149

Am Westkreuz - SB-Geschäftsstelle

Aubinger Straße 47, 81243 München

In aufrichtiger Trauer
gedenken wir den
Mitgliedern und
Geschäftsfreunden,
die im Jahr 2025
von uns gegangen sind.

